

**Interpellation CVP-EVP-Fraktion:  
«Vollzug der flankierenden Massnahmen**

Im Bericht vom 5. Mai 2015 des Staatssekretariat für Wirtschaft <SECO> über den Vollzug der flankierenden Massnahmen im Jahre 2014 wird unter anderem folgendes erwähnt: <Insgesamt belaufen sich die Aufwendungen des Bundes auf rund 12'200'000 Franken (paritätische Kommissionen: 6'370'000.– und tripartite Kommissionen: 5'600'000.–)>. Wie die Ergebnisse des Berichts zeigen, haben sich die flankierenden Massnahmen als Instrument gegen unerwünschte Auswirkungen des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die schweizerischen Lohn- und Arbeitsbedingungen bewährt und die Kontrolldichte hat sich als ausreichend erwiesen.

Allerdings wurde entgegen der Beurteilung des SECO im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union (EU) in letzter Zeit immer wieder öffentlich und in politischen Gremien kritisiert, dass der Vollzug der flankierenden Massnahmen nicht zufriedenstellend funktioniere.

Die flankierenden Massnahmen zum Personenfreizügigkeitsabkommen wurden am 1. Juni 2004 eingeführt. Sie bieten Schutz vor missbräuchlichen Unterbietungen der schweizerischen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ausserdem sorgen sie für gleiche Wettbewerbsbedingungen für in- und ausländische Betriebe.

Wir bitten die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wo gibt es nach Einschätzung der Regierung Verbesserungspotenzial beim Vollzug der flankierenden Massnahmen?
2. Wie kann die Effizienz beim Vollzug der flankierenden Massnahmen aus Sicht der Regierung im Kanton St.Gallen gesteigert werden?
3. Wie kann gewährleistet werden, dass die kantonale Vollzugsbehörde alle relevanten Informationen zur Verfügung hat?
4. Wieso werden gesamtschweizerisch von den durch die Sozialpartner bestückten paritätischen Kommissionen nur bei rund 25 Prozent der Verstösse ausländische Unternehmen sanktioniert und den Kantonen gemeldet?
5. Ist der Vollzugsdualismus, welcher bei GAV-Branchen paritätische Kommissionen und bei Nicht-GAV-Branchen tripartite Kommissionen (Staatliche Behörden) für den Vollzug der flankierenden Massnahmen vorsieht, nicht ineffizient und zu wenig konsequent? »

2. Juni 2015

CVP-EVP-Fraktion